

4. Landtagswahlverhalten: gewachsene Eigenständigkeit, kaum Moderation

In einer Reihe von Bundesländern bestehen mittelfristig konstante Niveauunterschiede zwischen den Wahlergebnissen von Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen. Die deutlichsten Fälle für solche Muster findet man in Sachsen und Thüringen. Diese Niveauunterschiede werden hier als Ausweis einer bedingten Unabhängigkeit der Landtagswahlen von bundespolitischen Einflüssen im jeweiligen Land interpretiert. Über den Beobachtungszeitraum von 1960 bis 2002 weist der hier vorgestellte Indikator in den meisten (alten) Bundesländern einen Zuwachs an Eigenständigkeit aus und stützt damit andere Studien. Dass Landtagswahlen in aktuellen Trends von der Bundesebene beeinflusst bleiben, ist davon unbenommen.

Von Wahlergebnissen, die auf moderierendes Wahlverhalten hinweisen, kann man in Deutschland allenfalls unter bestimmten Konstellationen sprechen. Wenn Parteien nicht Mitglied einer Landesregierung sind oder zwar Mitglied der Landesregierung sind, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen, sind keine Moderationseffekte zu beobachten. Lediglich für die Unionsparteien kann in einer Konstellation moderierendes Wahlverhalten festgestellt werden, nämlich wenn die Union alle Positionen besetzt, die besetzt werden können. Der von *Gschwend* formulierte Effekt der Eindeutigkeit der Entscheidungssituation konnte dagegen für alle beobachteten Regierungskonstellationen nachgewiesen werden. Auch wenn weitere Forschung notwendig erscheint, um klar für die eine und gegen die andere Hypothese entscheiden zu können, so liegt schon jetzt nur wenig Evidenz zur Bestätigung der Moderationshypothese vor.

Welchen Einfluss hat die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung der Bürger bei Landtagswahlen? Eine Analyse von Individualdaten im Bundesländer- und Zeitvergleich

Kerstin Völkl

Befragt man Politiker nach Landtagswahlen zu den Ursachen für die Stimmenverluste ihrer Partei, haben sie in der Regel schnell Erklärungen parat. Häufig werden bundespolitische Faktoren herangezogen, um das schlechte Abschneiden auf Landesebene der Bundespartei in die Schuhe zu schieben. So erklärten der neue und alte Ministerpräsident *Harald Ringstorff* und der SPD-Generalsekretär *Hubertus Heil* die massiven Stimmenverluste, die die SPD in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 hinnehmen musste, mit dem fehlenden Rückenwind aus Berlin¹. Aber nicht nur nach einer Landtagswahl muss die Bundespartei als Prügelknabe herhalten; bereits im Vorfeld werden Landtagswahlen oft zu Bundes-Testwahlen deklariert. So war im Frühjahr 2006 häufig von Politikern oder Journa-

1 Vgl. Aussagen von *Harald Ringstorff* am Wahlabend in den Sendern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Aussagen von *Hubertus Heil* in der Berliner Runde.

listen die Aussage zu hören oder zu lesen, dass die Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt Tests für die Große Koalition in Berlin seien².

Folgt man dieser Sichtweise, kann man schnell den Eindruck gewinnen, dass Landtagswahlen in erster Linie ein Stimmungsbarometer für den Bund sind und die Bundespolitik entscheidenden Einfluss auf Sieg oder Niederlage von Parteien im Lande hat. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Regierungsparteien im Bund bei Landtagswahlen relativ schlecht abschneiden, insbesondere wenn diese in der Mitte der Wahlperiode des Bundestages abgehalten werden. Wenn die oben genannten Annahmen zuträfen, müssten die Bürger ihre Entscheidung bei Landtagswahlen in erster Linie von der Bundespolitik abhängig machen. Dies kann nur mit Umfragedaten überprüft werden, da nur so geklärt werden kann, welche Faktoren bei der Stimmenabgabe der Bürger eine Rolle spielen. In der Vergangenheit blieb die Forschung diesen Beweis jedoch zumeist schuldig. Auf den ersten Blick existiert zwar eine Vielzahl von Analysen von Landtagswahlen³, bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass theoretisch fundierte Untersuchungen des Wahlverhaltens auf Landesebene in Deutschland weitgehend fehlen. Vergleiche über einen längeren Zeitraum und für verschiedene Bundesländer sucht man vergeblich. Zudem basieren fast alle vorliegenden Studien zu einzelnen Wahlen auf Aggregatdatenanalysen, die keine Aussagen über die Motive der individuellen Wahlentscheidung zulassen⁴. Vor diesem Forschungshintergrund stehen im folgenden Beitrag zwei Fragen im Mittelpunkt: (1) In welchem Maße sind bundespolitische Faktoren für die Stimmenabgabe der Bürger bei Landtagswahlen relevant? (2) Unterscheidet sich der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen von Bundesland zu Bundesland und je nach Position der präferierten Partei des Bürgers in den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene (Regierung oder Opposition)?⁵

- 2 Vgl. *Rolf Birnbaum*, Landtagswahlen: Auf Biegen und Brechen, in: Der Tagesspiegel online, Artikel vom 26. März 2006, zugegriffen am 14. Februar 2007.
- 3 Vgl. zum Beispiel die seit Anfang der 1970er Jahre regelmäßig nach Landtagswahlen in der Zeitschrift für Parlamentsfragen erscheinenden Analysen; siehe auch German Politics.
- 4 Ausnahmen auf Aggregatebene stellen dar: *Reiner H. Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: PVS, 18. Jg. (1977), S. 348 – 359; *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 – 164; *Daniel Hough / Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; *Simone Burkhart*, Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000, in: PVS, 46. Jg. (2005), S. 14 – 38. Als Ausnahme auf Individualebene sind zu nennen: *Daniela Klos*, Motivtransfer bei Nebenwahlen: Ein Vergleich wahlspezifischer und bundespolitischer Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl und der Europawahl in Deutschland 1999, in: *Frank Brettschneider / Jan van Deth / Edeltraud Roller* (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 335 – 359.
- 5 Als Datengrundlage dient der integrierte Datensatz, der im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) finanzierten Projektes „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen“ in Kooperation mit dem Zentralarchiv (ZA) in Köln erstellt wurde und der alle seit 1962 bis 2004 verfügbaren Umfragedaten zu Landtagswahlen enthält. Für nähere Informationen vgl. die Beiträge von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* sowie zum Datensatz von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl. Da ein Großteil der für die Untersuchung notwendigen Indikatoren vor der Wiedervereinigung gar nicht oder nicht durchgängig zur Verfügung steht, werden sämtliche Landtagswahlen seit dem 3. Oktober 1990 bis Ende 2004 untersucht. Insgesamt stehen damit seit der Wiedervereinigung 59 Landtagswahlstudien für Analysezwecke zur Verfügung.

1. Der Bundeseinfluss aus theoretischer Perspektive

Jeder Bürger steht bei einer Wahl zunächst vor der Entscheidung, ob er teilnimmt oder sich seiner Stimme enthält. Im ersteren Falle stellt sich für ihn die Frage, welcher Partei er seine Stimme gibt. Die Motive, die dieser Entscheidung zu Grunde liegen, können vielfältig sein. Nach dem sozialpsychologischen Ansatz⁶ bestimmt die Parteiidentifikation als langfristig stabile Einflussgröße über die Verteilung der Stammwähler. Daneben gibt es mit der Themen- und Kandidatenorientierung kurzfristig wirksame Faktoren, die sich definitionsgemäß von Wahl zu Wahl ändern können und zu entsprechenden Abweichungen der Wahlergebnisse von der langfristigen parteipolitischen Kräfteverteilung führen. Bei Landtagswahlen müssen zusätzlich bundespolitische Faktoren berücksichtigt werden. Dabei ist die Parteiidentifikation im Unterschied zu den Themen- und Kandidatenorientierungen keine genuin auf die Landespolitik bezogene Einflussgröße. Vielmehr kann die Bindung an eine Partei als ebenenunspezifischer Faktor angesehen werden, der weitgehend unabhängig von situativen und bundespolitischen Einflüssen ist. Anders verhält es sich bei den kurzfristig wirksamen Themen- und Kandidatenorientierungen, bei denen sich sehr wohl die Frage stellt, ob sie eher von der Bundes- oder von der Landespolitik geprägt sind.

Bei Landtagswahlen entscheiden die Bürger indirekt durch die Wahl von Parteien auch über das Amt des Ministerpräsidenten. Da eine Ämterkumulation auf Bundes- und Landesebene in Deutschland unüblich ist, sind Übertragungsprobleme des Erklärungsfaktors von der Bundes- auf die Landesebene so gut wie auszuschließen. Da es sich zudem um unterschiedliche Personen auf Landes- und Bundesebene handelt, deren Wahrnehmung durch die Massenmedien erleichtert wird, ist eine Vermischung von bundes- und landespolitischen Kandidatenorientierungen in der Regel unwahrscheinlich⁷. Allerdings sind Bedingungen vorstellbar, unter denen selbst bei einer getrennten Wahrnehmung der Kandidaten von beiden Systemebenen die Bewertung von Bundespolitikern relevant ist. Dafür sprechen vor allem zwei Gründe: Aus rationaler Perspektive kann man davon ausgehen, dass die Bundespolitik von den Bürgern eher wahrgenommen wird als die Landespolitik, vor allem weil sich Informationen über die Bundespolitik aufgrund der umfangreicheren Medienberichterstattung leichter beschaffen lassen. Mangels ausreichender landespolitischer Kenntnisse liegt es nahe, dass der Bürger bundespolitische Orientierungen quasi als Hilfsmittel für seine Stimmenabgabe bei Landtagswahlen heranzieht. Dies dürfte besonders dann der Fall sein, wenn die Landeskandidaten weniger bekannt sind. Ist der Spitzenkandidat auf Landesebene unbekannt, werden die Einstellungen von Bundespolitikern auf Landespolitiker übertragen, was aufgrund der Existenz gleicher Parteien auf beiden Ebenen relativ unproblematisch ist. Hinzu kommt, dass Bundespolitiker Landespolitikern in Landtagswahlkämpfen bewusst ihre Popularität leihen, damit sich dies positiv auf die Stimmenabgabe der Bürger zugunsten der Landespartei auswirkt. Außerdem gibt es gelegentlich Kandidaten, die sowohl Bundes- als auch Landespolitiker sind (zum Beispiel *Oskar Lafontaine*).

Noch problematischer gestaltet sich die Trennung von bundes- und landespolitischen Einflüssen bei den Themenorientierungen. Zwar sind die unterschiedlichen Zuständigkei-

6 Vgl. die ausführlichere Erklärung des Ansatzes im Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

7 Vgl. Hinweise hierauf in dem Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

ten von Bund und Ländern im Grundgesetz geregelt, jedoch dürfte nur selten bei den Bürgern das Wissen vorhanden sein, welche Sachfragen der Landes- oder Bundesebene zuzuordnen sind. Zudem besteht bei der Zuweisung der Problemlösungskompetenz von Regierungen und Parteien durch die Bürger die Gefahr, dass es zu einer Vermischung von landes- und bundespolitischen Einflüssen kommt. Für einen Einfluss bundespolitischer Themenorientierungen auf das Wählervotum im Lande sprechen ähnliche Argumente wie bei den Kandidaten. Einerseits können sich Bürger zu bundespolitischen Sachthemen leichter eine Meinung bilden als zu landespolitischen. Folglich liegt es nahe, dass sie die Lösungskompetenz, die sie der Bundespartei bei politischen Problemen zuschreiben, auf die Landespartei übertragen. Andererseits weisen Politiker in Landtagswahlkämpfen bewusst auf bundespolitische Themen und insbesondere auf die Fehlleistungen der Bundesregierung hin, um die Bürger dazu zu bewegen, die Regierung in Berlin – früher in Bonn – mit ihrem Votum bei der Landtagswahl wegen schlechter Performanz abzustrafen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Denkkzettelwahl.

Im Hinblick auf die Gewichtung bundes- und landespolitischer Faktoren sind unterschiedliche Konstellationen vorstellbar. Aus Perspektive der einen Extremposition werden Landtagswahlen ausschließlich von der Bundespolitik beeinflusst und fungieren als Denkkzettel für die Bundesregierung. In diesem Sinne wären sie als regional begrenzte Bundestagswahlen zu verstehen. Die andere Extremposition unterstellt, dass Landtagswahlen überhaupt nicht von der Bundespolitik beeinflusst werden. Eine vermittelnde Sichtweise geht davon aus, dass Landtagswahlen sowohl von der Bundes- als auch von der Landespolitik beeinflusst werden. Letztendlich muss empirisch geklärt werden, ob bundes- oder landespolitische Orientierungen den größeren Einfluss auf Landtagswahlen haben und unter welchen Bedingungen diese jeweils wirksam werden.

2. Der Bundeseinfluss aus Umfrageperspektive

Generell kann man zwischen einem direkten und einem indirekten Einfluss der Bundespolitik bei der Messung mit Hilfe von Umfragedaten unterscheiden. Direkt ist er, wenn die Einschätzung des Bundeseinflusses auf der Wahrnehmung durch den Wähler selbst beruht. Ein indirekter liegt vor, wenn die Messung über Fragen erfolgt, von denen auf einen Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung der Bürger geschlossen werden kann. In Anlehnung an das sozialpsychologische Modell existieren bei den indirekten Einflüssen die bundespolitischen Themen- und Kandidateneffekte. Leider ist die Frage nach Bundespolitikern nur in einigen wenigen Umfragen enthalten, die im Umfeld einer Bundestagswahl stattgefunden haben. Folglich kann der Kandidateneffekt für die meisten Landtagswahlen nicht untersucht werden. In den Fällen, in denen ein geeigneter Messindikator vorliegt, besteht das Problem, dass bei der Interpretation der Daten nicht klar unterschieden werden kann, ob es sich um einen Kandidateneffekt oder die zeitliche Nähe der betreffenden Landtagswahl zur Bundestagswahl handelt. Aus diesem Grund beschränken sich die Analysen der indirekten bundespolitischen Einflüsse auf die Themeneffekte.

Im Folgenden werden die beiden Möglichkeiten zur Messung bundespolitischer Einflüsse näher vorgestellt. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Stimmenabgabe der Bürger bei einzelnen Landtagswahlen, sondern das Ziel, einen generellen Eindruck von der Existenz und dem Ausmaß bundespolitischer Effekte auf die Entscheidung der Wähler zu erhalten.

Bei der individuellen Wahrnehmung des Bundeseinflusses steht die Frage im Vordergrund, ob sich dieser nach Bundesländern unterscheidet. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Einfluss der Bundespolitik in den Stadtstaaten geringer ausfällt als in den Flächenstaaten, da in Berlin, Bremen und Hamburg traditionell landespolitische Themen die Agenda dominieren. Zudem kann entscheidend sein, welche Bedeutung einem Land im Bundeskontext zukommt, beispielsweise aufgrund von Einwohnerzahlen und Finanzkraft. Da bundespolitisch weniger bedeutsame Länder von Zahlungszuweisungen durch den Länderfinanzausgleich abhängig sind, wäre es nachvollziehbar, wenn dort – zum Beispiel in den neuen Ländern, in Berlin und Niedersachsen – ein größerer bundespolitischer Einfluss auf das Wählerverhalten besteht als in finanzkräftigen Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Ebenso ist vorstellbar, dass sich der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung in den alten und neuen Bundesländern unterscheidet. Während die Länder in Westdeutschland auf eine jahrzehntelange territoriale Tradition zurückblicken, wurden die Bundesländer in Ostdeutschland erst nach der Wiedervereinigung gebildet. Aufgrund der dort schwächer ausgeprägten Landesidentität spricht einiges dafür, dass der Einfluss bundespolitischer Effekte in den neuen Ländern deutlicher ausfällt als in den alten. Eine Ausnahme könnte Sachsen darstellen, da sich hier seit der Wiedervereinigung offensichtlich eine eigene Identität entwickelt hat⁸.

Bei der indirekten Messung des Bundeseinflusses interessiert, ob Unterschiede zwischen den Wählern der beiden großen Volksparteien bestehen. Die Einschränkung auf die Anhänger von SPD und CDU/CSU ist dabei insofern gerechtfertigt, als nur diese Parteien dauerhaft in allen Landtagen vertreten waren. Hinzu kommt, dass nur die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien auf Landesebene eine realistische Chance auf das Amt des Ministerpräsidenten haben⁹. Das Gleiche gilt insbesondere für den Bund, wo in der Regel nur CDU/CSU und SPD Kanzlerkandidaten aufstellen. Für Unterschiede in der Bedeutung der Bundespolitik zwischen den Parteianhängern spricht auf den ersten Blick wenig, da es sich in beiden Fällen um große Volksparteien handelt, von denen sich eine immer an der Regierung auf Bundes- oder Landesebene befand – wenn nicht sogar beide im Falle einer Großen Koalition. Unterschiede wären eher zwischen den Anhängern kleiner und großer Parteien zu erwarten, was aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung ist. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Rolle der Umstand spielt, ob sich die von einem Bürger präferierte Partei auf der Bundes- und Landesebene in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition befindet beziehungsweise bis dato befunden hat. Es wäre nämlich durchaus plausibel, dass weniger die Parteipräferenz für Unterschiede im Einfluss der Bundespolitik auf die Stimmenabgabe verantwortlich ist als vielmehr die politische Stellung der Partei in den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene.

8 Vgl. den Beitrag von *Anja Mays* in diesem Heft der ZParl.

9 Etwas anders stellt sich die Situation in den fünf neuen Bundesländern dar, in denen die PDS in allen Landtagen seit Mitte der 1990er Jahre eine relevante Rolle spielt. Allerdings gibt es auch in den ostdeutschen Ländern bisher keinen Ministerpräsidenten aus den Reihen der PDS, auch wenn sich vereinzelt Kandidaten dieser Partei um das Amt beworben haben (zum Beispiel *Peter Porsch* bei der Landtagswahl in Sachsen 2004).

2.1. Der Einfluss der Bundespolitik in der individuellen Wahrnehmung der Bürger

Für den Untersuchungszeitraum zwischen 1990 und 2004 stehen zwei unterschiedliche Frageformate zur Verfügung.¹⁰ Zwischen 1994 und 1998 wurden die Befragten mittels einer vierstufigen Skala gebeten, die Relevanz der Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung einzustufen. Seit 1999 kommt ein anderes Frageformat zum Einsatz, bei dem die Bürger angeben sollen, was für ihre Entscheidung bei der Landtagswahl wichtiger war: die Politik im Land oder die Politik im Bund. Während die erste Formulierung sich ausschließlich auf die Relevanz der Bundespolitik beschränkt, muss sich der Befragte bei der zweiten zwischen zwei Alternativen entscheiden. Dies ist nicht unproblematisch. Zum einen wird beim Befragten ein gewisses politisches Wissen darüber vorausgesetzt, was unter Bundes- und Landespolitik zu verstehen ist. Die verflochtenen Zuständigkeiten im deutschen Föderalismus stellen zudem eine Erschwernis bei der Unterscheidung zwischen Bundes- und Landespolitik dar¹¹. Fehlt dieses Wissen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der Befragte dennoch antwortet, da er sich vor dem Interviewer nicht die Blöße geben will, dass er den Unterschied nicht kennt. Zum anderen besteht die Gefahr, dass der Befragte aufgrund sozialer Erwünschtheit antwortet, dass die Landespolitik für sein Votum entscheidend war, da er glauben könnte, eine landespolitisch fundierte Wahlentscheidung sei ein Merkmal politischen Interesses und Informiertheit und entspräche eher dem Ideal eines „guten“ Staatsbürgers¹². Diese Probleme sollte man bei der Interpretation der Umfrageergebnisse in Rechnung stellen.

Bei den insgesamt neun Landtagswahlen, bei denen die Bürger die Wichtigkeit der Bundespolitik mit Hilfe einer Skala einstufen sollten, beurteilte der Durchschnitt sie als wichtig (Mittelwert 0,40). Dabei maßen die Bürger in den neuen Ländern der Bundespolitik geringfügig mehr Bedeutung zu (Mittelwert 0,44) als in den alten (Mittelwert 0,37). Da für die meisten Bundesländer lediglich ein Erhebungszeitpunkt vorliegt, sind Verallgemeinerungen nicht möglich. Es fällt aber auf, dass das Urteil der Wähler in den neuen Ländern homogener ausfällt als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 1). Damit wäre zumindest ein erster Beleg für die Annahme gegeben, dass sich die Bedeutung der Bundespolitik in den Augen der Bürger in den alten und neuen Ländern unterscheidet. Während für die Hamburger die Bundespolitik eine unterdurchschnittliche Rolle spielt, halten sie die Niedersachsen für wichtiger. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass die Landtagswahl 1998 in Niedersachsen einen Sonderfall darstellt, als sie zu einem Plebiszit über die Kanzlerkandidatur des damaligen Ministerpräsidenten *Gerhard Schröder* für die im selben Jahr anstehende Bundestagswahl wurde. Folglich kann die überdurchschnittliche Bedeutung der Bundespolitik aus Sicht der Wähler auf die spezifische Situation dieser Landtagswahl zurückzuführen sein. Auch in den drei ostdeutschen Bundesländern, für die Daten vorliegen, zeigt sich, dass die Bürger die Bundespolitik bei ihrer Stimmenabgabe für durchaus wichtig halten.

10 Für Informationen zu den verfügbaren Umfragen vgl. den Beitrag von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl, insbesondere Tabelle 1.

11 Vgl. *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenheim am Glan 1978; *ders.*, Sind Landtagswahlen Bundesteilwahlen?, in: APuZ, B 21 (1979), S. 23 – 38.

12 Vgl. *Roland Abold*, Hafen City oder Hartz IV?, in: *Kerstin Vökl | Kai-Uwe Schnapp | Oscar W. Gabriel | Everhard Holtmann* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007 (i.E.).

Unter Berücksichtigung der Datenlage kann man zumindest ansatzweise erkennen, dass im Stadtstaat Hamburg die Bundespolitik eher eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint und die Wähler in jenen Ländern, die in größerem Umfang Bundesergänzungszuweisungen erhalten, der Bundespolitik mehr Bedeutung beimessen.

<i>Tabelle 1: Die Relevanz der Bundespolitik für die Entscheidung bei Landtagswahlen aus Sicht der Bürger, 1994 bis 1998 (Angaben als Mittelwerte, in Klammern Wahljahr)</i>		
Mittelwert	alte Bundesländer	neue Bundesländer
0,20 – 0,29	Hamburg (1997)	
0,30 – 0,39	Bayern (1994, 1998) Hessen (1999)	
0,40 – 0,49	Niedersachsen (1998)	Thüringen (1994) Mecklenburg-Vorpommern (1994, 1998) Sachsen-Anhalt (1998)
Skalenbefragung: Die Befragten wurden gebeten, mittels einer vierstufigen Skala (von „überhaupt nicht wichtig“ (-1) bis „sehr wichtig“ (+1)) die Relevanz der Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung einzustufen. Quelle: ZA 4182.		

Bei den untersuchten Landtagswahlen ab 1999 gaben 40 Prozent der Befragten an, dass die Bundespolitik für ihre Entscheidung wichtiger als die Landespolitik gewesen wäre (vgl. Tabelle 2)¹³. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass für sechs von zehn Wählern die Landespolitik für die Stimmenabgabe ausschlaggebend war. Auch hierbei muss berücksichtigt werden, dass zwar – anders als bei der Frage nach der Relevanz der Bundespolitik – für deutlich mehr Bundesländer Daten verfügbar sind, jedoch wiederum nur für einen oder zwei Erhebungszeitpunkte. Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten feststellen. So bestätigt sich, dass die Bürger in den alten und neuen Ländern den Einfluss der Bundespolitik unterschiedlich wahrnehmen. Während die Differenz zwischen dem geringsten und höchsten Bundespolitikeinfluss zwischen den neuen Ländern sieben Prozentpunkte beträgt, fällt sie in Westdeutschland mit 28 Prozentpunkten deutlich größer aus, was auf die größeren Unterschiede innerhalb der westdeutschen Bundesländer im Hinblick auf Finanzkraft, Einwohnerzahl, Fläche etc. zurückzuführen sein dürfte. Auch die tendenziell größere Rolle der Bundespolitik für die Wähler in Niedersachsen und der eher geringere bundespolitische Einfluss für die Hamburger bestätigen sich. Demnach scheint die Relevanz der Bundespolitik bei der Landtagswahl 1998 in Niedersachsen zumindest nicht ausschließlich auf der besonderen Situation der Entscheidung über einen Kanzlerkandidaten zu beruhen. Neben Hamburg spielt die Bundespolitik in Bremen und Berlin sowie im Saarland eine untergeordnete Rolle. Lediglich jeder dritte Bürger sieht dort den Einfluss der Bundespolitik für seine Stimmenabgabe als wichtig an. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Erkenntnissen, die in der Forschung über Stadtstaaten auf Aggregatebene vorliegen, wonach diese im Vergleich zu Flächenstaaten weniger von der Bundespolitik beeinflusst sind, da sie als Kommunen stärker von landespolitischen Themen geprägt sind¹⁴. Gemeinsam ist diesen Ländern, dass

13 Von den 59 Landtagswahlstudien enthalten 23 die Frage nach der Relevanz der Bundespolitik für die individuelle Wahlentscheidung. Erneut sei allerdings auf das problematische Frageformat hingewiesen.

14 Vgl. Frank Decker / Julia von Blumenthal, a.a.O., S. 147 und Roland Abold, a.a.O.

sie zu den flächenmäßig kleinsten und bevölkerungsschwachen Bundesländern in der Bundesrepublik zählen. Einzig Schleswig-Holstein passt nicht in dieses Bild.

Tabelle 2: Der Einfluss der Bundespolitik auf die Entscheidung bei Landtagswahlen aus Sicht der Bürger, 1999 bis 2004 (Angaben in Prozent, in Klammern Wahljahr)

	alte Bundesländer	neue Bundesländer
20 < 25%	Hamburg (2001, 2004)	
25 < 30%	Schleswig-Holstein (2000)	
30 < 35%	Bremen (1999, 2003) Berlin (1999, 2001) Saarland (1999, 2004)	
35 < 40%	Nordrhein-Westfalen (2000)	Sachsen-Anhalt (2002) Mecklenburg-Vorpommern (2002)
40 < 45%	Bayern (2003)	Sachsen (1999, 2004) Brandenburg (1999, 2004) Thüringen (1999, 2004)
45 < 50%	Baden-Württemberg (2001) Hessen (2003) Rheinland-Pfalz (2001)	
50 < 55%	Niedersachsen (2003)	

Frage nach Wichtigkeit: Die Befragten sollten angeben, was für ihre Entscheidung bei der Landtagswahl wichtiger war: die Politik im Land oder die Politik im Bund.

Quelle: ZA 4182.

Schwieriger fällt die Suche nach Gemeinsamkeiten bei den Ländern, in denen der Bundespolitik eine annähernd gleiche Relevanz wie der Landespolitik für die Wahlentscheidung zugesprochen wird. Der eine Teil zählt zu den ausgleichspflichtigen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen), während der andere Teil Bundesergänzungszuweisungen erhält (Rheinland-Pfalz, Niedersachsen). Mit Ausnahme von Hessen, das von 1947 bis 1987 sowie 1991 bis 1999 SPD-regiert war, und Rheinland-Pfalz, das seit 1991 unter einer SPD-Regierung steht, sind die verbleibenden Länder (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz) traditionell CDU- beziehungsweise CSU-regiert. Während Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg die drei flächenmäßig größten Bundesländer sind, befinden sich Hessen und Rheinland-Pfalz lediglich im Mittelfeld. Auch die Einwohnerzahl unterscheidet sich zwischen dem bevölkerungsreichen Bayern (12,5 Millionen) und Rheinland-Pfalz (4,1 Millionen) deutlich¹⁵. Insgesamt fällt es vor allem für Westdeutschland schwer, klare Kriterien auszumachen, auf die die unterschiedliche Relevanz der Bundespolitik für das Wählervotum zurückgeführt werden kann. Tendenziell scheinen Bürger von kleinen Ländern der Bundespolitik weniger Bedeutung für die Stimmenabgabe beizumessen, während sie für Bürger von großen und finanzstarken Ländern eine größere Rolle spielt.

Wie bereits vermutet, lässt sich zwischen Wählern, die eine Präferenz für die Union oder die SPD aufweisen, kein Unterschied feststellen, wenn es um die Wichtigkeit von Landes- oder Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung geht. Überraschend ist dagegen, dass sich auch keine Unterschiede beobachten lassen, wenn man bei den Parteianhängern zwischen Regierungs- und Oppositionszugehörigkeit der Parteien auf Bundes- und Landesebene differenziert (tabellarisch nicht ausgewiesen).

15 Vgl. die Angaben im destatis-Gemeindeverzeichnis, Stand: 31. Dezember 2005.

2.2. Der indirekt gemessene Einfluss bundespolitischer Themenorientierungen

Die individuelle Einschätzung der Relevanz der Bundespolitik mag zwar einen ersten Eindruck vom bundespolitischen Einfluss auf die Stimmenabgabe bei Landtagswahlen vermitteln; es ist jedoch zu hinterfragen, inwiefern die Bürger in der Lage sind, die Bedeutung der Erklärungsfaktoren für ihre Wahlentscheidung richtig zu bestimmen. Hinzu kommt, dass die Indikatoren nicht dauerhaft erhoben wurden und folglich die Befragungsergebnisse nicht ohne weiteres generalisiert werden können. Daher wird im Folgenden der Zusammenhang zwischen der Relevanz der Bundespolitik und der Stimmenabgabe bei Landtagswahlen mit Hilfe von Indikatoren überprüft, die seit der Wiedervereinigung mit nur wenigen Ausnahmen kontinuierlich erhoben wurden¹⁶. Ein geeignetes Instrument, um den Einfluss der bundespolitischen Themenorientierung zu messen, stellt die Frage nach der Zufriedenheit mit der Bundesregierung dar¹⁷.

Da bundespolitische Themenorientierungen nicht unabhängig von anderen Faktoren die Wahlentscheidung der Bürger beeinflussen, wurden drei Schätzmodelle berechnet, die Rückschlüsse auf die Wahrscheinlichkeit einer CDU/CSU- beziehungsweise SPD-Wahl erlauben. Dabei geht es um die Frage, ob der Einfluss bundespolitischer Themenorientierungen erhalten bleibt, wenn andere relevante Variablen des sozialpsychologischen Ansatzes kontrolliert werden. Im ersten Modell wird überprüft, ob die Zufriedenheit mit der Bundes- oder der Landesregierung eine größere Rolle für die Erklärung einer Wahlabsicht zugunsten von CDU/CSU oder SPD spielt. Hier liegt der Fokus ausschließlich auf der ebenenspezifischen Themenorientierung. Im zweiten Modell wird zudem die landesspezifische Kandidatenorientierung in Form des präferierten Ministerpräsidenten berücksichtigt. Dabei wird gefragt, ob die Zufriedenheit mit der Bundesregierung gegen die Zufriedenheit mit der Landesregierung einerseits und den Spitzenkandidaten der beiden Volksparteien im Lande andererseits bestehen kann. Im dritten Modell wird neben den kurzfristigen, ebenenspezifischen Indikatoren die langfristige, ebenenunspezifische Parteibindung einbezogen. Trotz zunehmender Wahlenthaltung und Wechselwahl insbesondere bei Nebenwahlen und Hinweisen auf eine nachlassende Prägekraft der Parteibindungen seit Mitte der 1990er Jahre stellt die Parteidentifikation nach wie vor den wichtigsten Erklärungsfaktor des Wählerverhaltens dar¹⁸. Folglich ist nicht zu erwarten, dass sich dies in dem vorliegenden Untersuchungsfall anders verhält.

Da die Erklärung einer CDU/CSU- beziehungsweise SPD-Wahl mittels der Zufriedenheit mit der Bundes- und Landesregierung entscheidend davon abhängt, ob sich die jeweilige Partei in Bund und Land in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition befindet, werden die Analyseergebnisse nach Gruppen aufgeschlüsselt. Auf Bundes- wie auf

16 Insgesamt steht die Frage in 55 der 59 Landtagswahlstudien zwischen Oktober 1990 und Dezember 2004 zur Verfügung. Lediglich bei den Landtagswahlen im Jahr 1996 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) und bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 in Berlin wurde sie nicht erhoben.

17 Nähere Informationen zur Operationalisierung von Themenorientierungen auf Bundes- und Landesebene und den damit verbundenen Problemen finden sich im Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

18 Vgl. *Harald Schoen* / *Cornelia Weins*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter* / *Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 187 – 242, S. 217.

Landesebene wird zwischen einer CDU/CSU- und einer SPD-Regierungsphase differenziert. Im Land wird zudem die Konstellation einer Großen Koalition berücksichtigt. Damit ergeben sich insgesamt sechs Gruppen. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung dürfte sich als besonders erklärungskräftig erweisen, wenn sich die präferierte Partei eines Bürgers auf der Bundesebene an der Regierung und auf Landesebene in der Opposition befindet¹⁹. Diese Annahme setzt voraus, dass die Bewertung der Bundes- und Landesregierung in den Augen der Bürger stark von der eigenen Parteipräferenz abhängt und / oder die Wahlabsicht stärker von der Bundesebene als übergeordneter Systemebene beeinflusst wird als von der Landesebene. Welche Rolle die Zufriedenheit mit der Bundesregierung spielt, wenn die bevorzugte Partei sowohl im Bund als auch im Land auf der Regierungsseite steht, wird die empirische Analyse zeigen.

Eine SPD-Wahlabsicht lässt sich generell schlechter durch die Bewertung der Landes- und Bundesregierung erklären als eine Parteipräferenz zugunsten der beiden Unionsparteien (vgl. Tabelle 3)²⁰. Während im Falle einer CDU/CSU-Wahlabsicht zwischen zwölf und 28 Prozent der Wahlwahrscheinlichkeit erklärt werden können, schwankt dieser Wert bei einer Parteipräferenz für die Sozialdemokraten zwischen fünf und 25 Prozent. Ebenso variiert die Erklärungskraft der Modelle je nach Gruppenzugehörigkeit. Generell lässt sich die Wahlabsicht von Personen, deren präferierte Partei sich im Bund in der Opposition befindet und im Land in einer Großen Koalition regiert, weniger gut vorhersagen.

In Bezug auf die Kernfrage, ob die Zufriedenheit mit der Landes- oder der Bundesregierung wichtiger für das individuelle Abstimmungsverhalten bei Landtagswahlen ist, lassen sich deutliche Gemeinsamkeiten feststellen: Gemeinsam ist den Anhängern beider Parteien, dass im Falle einer Regierungsverantwortung auf Bundes- und Landesebene die Zufriedenheit mit der Landesregierung einen doppelt so großen Einfluss auf die Stimmenabgabe ausübt wie die Zufriedenheit mit der Bundesregierung. Das gleiche Muster ist für CDU/CSU- und SPD-Anhänger zu beobachten, wenn sich die bevorzugte Partei im Bund in der Oppositionsrolle und im Land in der Regierungsverantwortung befindet. Für Bürger mit einer CDU/CSU-Parteipräferenz bedeutet dies, dass eine positive Bewertung der Landesregierung 20 Prozent zur Erklärung der Wahlabsicht beiträgt, während die Zufriedenheit mit der Bundesregierung nur zehn Prozent ausmacht. Befindet sich die bevorzugte Partei allerdings auf Bundesebene an der Macht und im Land entweder in der Opposition oder in einer Großen Koalition, ist die Zufriedenheit mit der Bundesregierung erklärungskräftiger als eine positive Bewertung der Landesregierung. Im Falle einer SPD-Wahl macht die Zufriedenheit mit der Bundesregierung in der Landesopposition 14 Prozent und in der Großen Koalition im Landtag zehn Prozent aus. Nimmt die vom Bürger präferierte Partei auf Landes- wie auf Bundesebene die Oppositionsrolle ein, ist die Zufriedenheit mit der Bundes- und Landesregierung gleich wichtig für den Wahlentscheid. Im Falle einer SPD-Wahl scheinen die Indikatoren jedoch nur schlecht geeignet zu sein, das Wahlergebnis zu prognostizieren.

19 Vgl. den Beitrag von *Thomas Gschwend* in diesem Heft der ZParl.

20 Dies ist keine Besonderheit, sondern hat sich bereits in vielen Analysen von Bundes- und Landtagswahlen gezeigt. Vgl. zum Beispiel für Bundestagswahlen: *Oscar W. Gabriel*, a.a.O., S. 241; für Landtagswahlen: *ders.*, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 25. März 2001: Fehlschlag einer „Teufelsaustreibung“, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 10 – 26.

Tabelle 3: Gruppenspezifische Erklärung des Wahlverhaltens bei Landtagswahlen in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der Bundesregierung (Angaben: Partielles Eta² * 100)							
Modell 1		CDU-geführte Bundesregierung			SPD-geführte Bundesregierung		
		CDU-LReg	SPD/CDU-LReg	SPD-LReg	CDU-LReg	SPD/CDU-LReg	SPD-LReg
CDU-Wahl	Zufriedenheit LReg	10	1	9	20	3	7
	Zufriedenheit BReg	6	14	20	10	12	5
	R ² korrigiert	28	21	26	28	12	20
SPD-Wahl	Zufriedenheit LReg	3	0	16	8	1	10
	Zufriedenheit BReg	2	2	5	14	10	5
	R ² korrigiert	10	5	20	21	12	25
N		8900	4035	10480	5629	5075	7646
<p>Ausgangsfrage: Kann die Wahlabsicht für die SPD oder CDU/CSU auf Landesebene durch die Zufriedenheit mit der Bundesregierung erklärt werden?</p> <p>LReg = Landesregierung; BReg = Bundesregierung.</p> <p>Anmerkung: Alle Koeffizienten sind hoch signifikant.</p> <p>Leshilfe: Die Absicht von Befragten, bei Landtagswahlen für die CDU beziehungsweise CSU zu stimmen, ist im Falle einer unionsgeführten Bundesregierung und einer CDU- beziehungsweise CSU-geführten Landesregierung zu zehn Prozent auf die Zufriedenheit mit der Landesregierung und zu sechs Prozent auf die Zufriedenheit mit der Bundesregierung zurückzuführen.</p> <p>Quelle: ZA 4182.</p>							

Berücksichtigt man neben den beiden themenbezogenen Erklärungsfaktoren auch die Kandidatenpräferenz (Modell 2, tabellarisch nicht ausgewiesen) geht der Einfluss der Zufriedenheit mit Bundes- und Landesregierung zwar teilweise über die Hälfte zurück, die Beziehungen bleiben aber erhalten, auch wenn der Beitrag zur Erklärung der Wahrscheinlichkeit einer Wahl von CDU/CSU und SPD gering ist. Wird zusätzlich die Parteibindung einbezogen (Modell 3, tabellarisch nicht ausgewiesen), geht die Erklärungskraft der Zufriedenheit mit der Bundesregierung auf null bis fünf Prozent zurück. Da es sich bei der Parteinigung um eine langfristig stabile Größe handelt, die weitgehend unabhängig von kurzfristigen Effekten wie landes- oder bundespolitischen Kandidaten und Sachthemen ist, überrascht dieses Ergebnis nicht. Allerdings bleibt selbst in diesem Modell die aufgezeigte Beziehung zwischen der Zufriedenheit mit der Landes- und der Bundesregierung in den verschiedenen Gruppen für die Erklärung einer CDU/CSU- und SPD-Wahl erhalten. Insgesamt wird damit weitgehend die Annahme bestätigt, dass weniger die bloße Parteipräferenz ausschlaggebend für den Einfluss der Bundespolitik ist, als vielmehr die Tatsache, ob sich die bevorzugte Partei in den Parlamenten auf Landes- und Bundesebene in der Regierung oder in der Opposition befindet.

4. Einfluss der Bundespolitik: bei jeder Landtagswahl anders

Zwar existiert für das Wahlverhalten bei Landtagswahlen in der Bundesrepublik bisher kein spezifischer theoretischer Erklärungsansatz, jedoch lassen sich bundespolitische Faktoren in das sozialpsychologische Modell integrieren, das sich in der deutschen Wahlforschung bewährt hat. Demnach kann man bei den indirekten Einflüssen zwischen landes- und bundespolitischen Kandidatenorientierungen einerseits und landes- und bundespolitischen Themenorientierungen andererseits differenzieren. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit,

den Einfluss der Bundespolitik direkt über die Einschätzung der Wähler zu beurteilen. In der individuellen Wahrnehmung der Bürger (direkte Einflussebene) spielt die Bundespolitik je nach Frageformulierung eine unterschiedliche Rolle. Zwar wird sie für die Wahlentscheidung als wichtig angesehen, im Vergleich mit der Landespolitik ist sie aber weniger bedeutsam. Unterschiede lassen sich insofern feststellen, als in den neuen Ländern der bundespolitische Einfluss von den Bürgern homogener wahrgenommen wird als im Westen. In den alten Bundesländern fällt auf, dass insbesondere in den Stadtstaaten die Bundespolitik eine besonders geringe Rolle spielt.

Die indirekte Messung der Relevanz der Bundespolitik bestätigt, wie wenig die Zufriedenheit mit der Bundesregierung die Stimmenabgabe bei Landtagswahlen beeinflusst. Im Vergleich zur Zufriedenheit mit der Landesregierung übt die Zufriedenheit mit der Bundesregierung lediglich dann einen Einfluss aus, wenn sich die von einem Bürger präferierte Partei im Bund in der Regierungsverantwortung befindet und auf Landesebene in der Opposition oder in einer Großen Koalition mitregiert. Hier kommt der oft zitierte „Rückenwind vom Bund“ zum Tragen. Erweitert man das Untersuchungsmodell allerdings um die Kandidatenorientierung in Form des bevorzugten Ministerpräsidenten, zeigt sich sowohl für CDU/CSU- als auch SPD-Wähler, dass die Zufriedenheit mit der Bundesregierung eine untergeordnete Rolle spielt. Noch deutlicher tritt dieses Ergebnis zu Tage, wenn zusätzlich die langfristig wirksame Parteibindung berücksichtigt wird, die den Haupteklärungsfaktor für die Wahlentscheidung der Bürger darstellt. Lediglich in Ausnahmesituationen können bundespolitische Themenorientierungen einen annähernd gleich starken Einfluss auf die Stimmenabgabe der Wähler ausüben wie die Zufriedenheit mit der Landesregierung oder der präferierte Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Die Frage nach dem Bundeseinfluss scheint sich somit bei jeder Landtagswahl neu zu stellen. Allgemeine Tendenzen für die Wähler der beiden Volksparteien in den einzelnen Bundesländern und je nach Regierungs- oder Oppositionszugehörigkeit der bevorzugten Partei im Bundes- oder Landtag lassen sich nur schwer ausmachen.

Umfragedaten, Ereignisdaten und Makrodaten: Datenquellen für die Analyse der Landtagswahlen von 1960/62 bis 2004

Evelyn Brislinger

Die in diesem Heft der ZParl vorgestellten Analysen zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen basieren auf Umfrage-, Ereignis- und Makrodaten, die für die 16 Bundesländer zur Verfügung stehen und mehr als 40 Jahre umfassen. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Forschungsprojekt¹ hatte zum einen das Ziel,

1 Vgl. *Oscar W. Gabriel / Everhard Holtmann / Wolfgang Jagodzinski*, Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen – Eine Analyse des Wählerverhaltens auf Landesebene unter besonderer Berücksichtigung der Bundespolitik, Antrag an die DFG, November 2003.